



Wirtschaft in Mitteldeutschland 2022

Wirtschaftspolitische Positionen

Wirtschaftspolitische Positionen

Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern!

Die Energieversorgung der regionalen Wirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Neben einer hohen Versorgungssicherheit war es vor allem ein stabiler und wettbewerbsfähiger Preis, der den Standort Mitteldeutschland über lange Jahre für die energieintensive Industrie attraktiv machte. Mit der deutschen Energiewende und dem damit einhergehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung bestehen bereits große Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Die dazu entwickelten Strategien wurden aber durch den Ukraine-Krieg in Frage gestellt – insbesondere die umfängliche Nutzung von Erdgas als Brückentechnologie erscheint nun kaum noch möglich. Allein die Diskussion eines umfassenden Embargos gegenüber russischem Gas und Öl hat bereits für einen starken Anstieg der Energiepreise gesorgt. Deshalb muss die deutsche Politik hier weiterhin besonnen und mit Augenmaß agieren, um eine Überforderung der Wirtschaft zu verhindern.

Die mitteldeutschen Wirtschaftskammern fordern deshalb, dass die politischen Möglichkeiten zur Senkung und Stabilisierung des Strompreises umfassend ausgeschöpft werden. Die Belastung der Energiepreise durch Steuern und Umlagen muss auf ein absolutes Minimum heruntergefahren werden. Die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von 0,05 ct/kWh ist dringend geboten. Zudem könnten weitere energiebezogene Umlagen – wie bei der EEG-Umlage geplant – zukünftig aus dem Bundeshaushalt bestritten werden. Auch müssen die erneuerbaren Energien unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zukünftig mehr Verantwortung für die Versorgung und Versorgungssicherheit der mitteldeutschen Wirtschaft übernehmen (können). Entsprechende Hürden müssen unbürokratisch beseitigt werden. Stromdirektlieferverträge (PPA) sollten nicht durch Regulierung behindert werden.

Einen unternehmensgetriebenen Strukturwandel ermöglichen!

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung betrifft die Region Mitteldeutschland ganz besonders. Die heimische Braunkohle stellte während unserer gesamten Industriegeschichte einen verlässlichen und kosteneffizienten Energieträger dar. Dabei wurde und wird in den Tagebau- und Kraftwerksbetrieben noch immer eine beachtliche Wertschöpfung erzeugt. Der politisch beschlossene Ausstieg sorgt für einen Strukturbruch. Er führt nicht nur zu wegbrechender Wertschöpfung und Beschäftigung, sondern verschlechtert auch entscheidend die Standortbedingungen für die energieintensive Industrie, die sich – nicht zufällig - im Umfeld angesiedelt hat.

Entsprechend den Handlungsempfehlungen der „Kohlekommission“ aus dem Jahr 2019 und dem Strukturstärkungsgesetz sollen wegfallende Wertschöpfung und Arbeitsplätze durch neue ersetzt werden. Dafür werden Fördermittel in großem Umfang bereitgestellt. Den Ausschluss von Unternehmen bzw. die Beschränkung der Förderung auf Investitionen der öffentlichen Hand halten die mitteldeutschen Wirtschaftskammern für wenig zielführend. Nachhaltige Wertschöpfung und langfristiges Wachstum entstehen vor allem durch wachsende oder neue Unternehmen. Diese müssen deshalb ebenfalls an der Förderung teilhaben können, um neue Geschäftsfelder zu erschließen oder die Umstellung ihrer Energieversorgung auf regenerative Energien (z.B. mit Wasserstoff) zu vollziehen. Zudem ist sicherzustellen, dass die für die Strukturstärkung benötigte Kofinanzierung aus Landesmitteln den Spielraum für die Förderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) nicht beschränkt.

Fachkräftegewinnung – Daueraufgabe unserer Gesellschaft!

Die Sicherung der Fachkräftebedarfe aller Qualifikationsstufen ist und bleibt für die mitteldeutschen Unternehmen eine der größten Herausforderungen für die Zukunft. Die demografische Entwicklung setzt den Arbeitsmarkt nachhaltig unter Druck, während die Digitalisierung immer neue Anforderungen an die Beschäftigten stellt. Vor diesem Hintergrund muss die duale Berufsausbildung als attraktive Zukunftsperspektive stärker ins Blickfeld der Jugendlichen gerückt werden. Dies beinhaltet eine breit geförderte und praxisnahe Berufsorientierung in- und außerhalb der Schulen sowie frühzeitige Praktika in den Betrieben vor Ort. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung fordern die mitteldeutschen Wirtschaftskammern eine adäquate digitale Ausstattung in den (Berufs-)Schulen. Der Anteil der Universitätsabsolventen in technischen Studiengängen ist deutlich zu steigern. Neben der Ausbildung ist die Weiterbildung ein zentraler Schlüssel der Fachkräftesicherung. Besonders kleinere Unternehmen benötigen bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten professionelle Begleitung und Unterstützung.

Ergänzend zur Aktivierung einheimischer Potenziale wird die mitteldeutsche Wirtschaft künftig stärker auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen sein. Hierfür bedarf es passgenauer Beratungs- und Unterstützungsangebote für potenzielle Bewerber im Ausland und interessierte Unternehmen der Region. Darüber hinaus müssen die Bearbeitungszeiten von Visa- und Aufenthaltstiteln spürbar verkürzt werden, sodass die Unternehmen möglichst schnell auf das Fachkräftepotenzial im Ausland zugreifen können. Die von der Bundesregierung geplante gesteuerte Fachkräftezuwanderung auf Basis eines Punktesystems wird von den mitteldeutschen Wirtschaftskammern grundsätzlich begrüßt. Die Umsetzung sollte zeitnah, praxisorientiert und unbürokratisch erfolgen.

Investieren und konsolidieren: Solide Finanzen sind ein Standortfaktor!

Die Corona-Pandemie und ihre vielfältigen Folgen brachten die öffentlichen Haushalte unter Druck: Füllten sich die Kassen während der Dekade des Wachstums von 2010 bis 2019, so änderte sich dies ab dem Frühjahr 2020 schlagartig. Zwar gab es in den Jahren 2010 bis 2019 durchaus Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Digitales, Bildung), allerdings kam es gleichzeitig auch zu einem erheblichen Aufwuchs konsumtiver Ausgaben; dies schränkte den Gestaltungsspielraum in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen stärker ein, als man sich dies in „guten Zeiten“ gewünscht hätte. Erhebliche pandemiebedingte Mehrausgaben aufgrund der politisch-administrativ verordneten Einschränkungen des Wirtschaftslebens in den vergangenen zwei Jahren haben nun zu massiven Defiziten in den öffentlichen Kassen geführt, die es in den kommenden Jahren zu verringern gilt, ohne die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region zu gefährden. Es bedarf daher jetzt umso mehr der Fokussierung auf Konsolidierung und Investitionen und damit einer klaren Priorisierung öffentlicher Auf- und Ausgaben.

Ausgaben folgen Aufgaben. Deshalb ist eine grundsätzliche Aufgabenkritik unerlässlich. Konkret erwarten wir eine Abkehr von einem weiteren Stellenaufwuchs im öffentlichen Dienst hin zu einer klaren Fokussierung auf dringend notwendige öffentliche Aufgaben, etwa die Stärkung der Bauverwaltung und der regionalen Wirtschaftsförderungen. Ziel muss sein, die Bereitstellung notwendiger Mittel für investive Ausgaben nicht durch zusätzliche Personalkosten in den Landesverwaltungen zu gefährden.

Die Investitionsquoten der Länder sind schrittweise zu erhöhen, um die erforderlichen Entwicklungen (Infrastruktur-Maßnahmen, Innovation und Wertschöpfung) vorantreiben zu können. Als mitteldeutsche Wirtschaftskammern setzen wir uns für eine solide, auf Investitionen, Innovationen und Bildung fokussierte Haushaltsführung ein. Notwendige Ausgabensteigerungen müssen dafür grundsätzlich an anderen Stellen eingespart werden. Eine weiter anwachsende Verschuldung oder steigende Abgaben sind grundsätzlich abzulehnen.